

Sperrfrist mit Beginn der Rede am 20.04.2013

Ärztetag der Basis

Hambacher Schloss, Neustadt a.d. Weinstraße

Empört Euch! – Indignez-vous!

**Für den Erhalt der Freiberuflichkeit,
gegen Kommerzialisierung und Discounterisierung
in unserem Gesundheitswesen!**

Ansprache am 20.04.2013

Dr. med. Peter Loula

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Gäste,

auch ich möchte Sie im Namen des Landesverbandes Nordrhein der „Freien Ärzteschaft“ sehr herzlich an dieser historischen Stätte begrüßen, die sehr zu Recht als „Wiege der Demokratie“ bezeichnet wird. Das Hambacher Schloss steht initial für Bürgerrechte und Freiheit, für die zu streiten es sich allemal lohnt.

Die notwendige und unabdingbare Freiheit im Verhältnis zwischen Arzt und Patient hat der Kollege Schütte bereits eindrucksvoll skizziert. Ich beschränke mich hier auf eine Facette in diesem breiten Spektrum, nämlich die Therapiefreiheit – ein Begriff, der vielfach allzu wohlfeil und eher sogar substanzlos in die Diskussion geworfen wird.

Rudolf Henke, dem Präsidenten der Ärztekammer Nordrhein, ist der ganz wichtige Hinweis zu verdanken, dass „Therapiefreiheit“ mitnichten zum Besitzstand der Ärzteschaft gehört, sondern ein elementares Recht der Patienten darstellt.

Sie nämlich haben das Recht, die für sie beste Therapie einzufordern. Dazu gehört, dass sie, die Patienten, aber auch die Freiheit haben müssen, die Rahmenbedingungen und wirtschaftlichen Voraussetzungen eigenverantwortlich – eben in Freiheit – selbst zu organisieren.

Dieser Überlegung steht aber das entgegen, was für dieses Jahr der Bundestagswahl von einigen Parteien ganz oben auf die Agenda gesetzt wurde: die Bürgerversicherung.

Lassen Sie mich deshalb kurz einige finanzrechtliche und fiskalische Bedenken gegen die Bürgerversicherung umreißen:

Die Einführung würde die gesamte Wohnbevölkerung dem Versicherungszwang in der Sozialversicherung und damit auch in der GKV unterwerfen. Die PKV würde als Vollversicherung verschwinden, was ganz einfach zu erheblichen verfassungsrechtlichen, ordnungspolitischen und finanziellen Verwerfungen führen würde.

Mit der Einführung einer Bürgerversicherung greift der Gesetzgeber in die Grundrechte der Versicherungspflichtigen ein und überschreitet damit seinen Gestaltungs- und Ermessensspielraum, womit er gegen das verfassungsrechtliche Übermaßverbot verstößt.

Eine Bürgerversicherung wirkt der Sache nach wie eine verkappte Einkommenssteuer und ist dem Finanzverfassungssystem des Grundgesetzes fremd. Sie würde die Bürger auch verpflichten, nicht nur die Löhne und Einkommen, sondern auch alle sonstigen Einkünfte wie Kapitalerträge, Zins- und sonstige Einkünfte der Beitragspflicht der Krankenversicherung zu unterwerfen.

Nach Ansicht von Verfassungsrechtlern würde die Einführung der Bürgerversicherung unter anderem gegen das Recht der freien Berufsausübung, das europäische Wettbewerbsrecht und die die Gewerbefreiheit nach Artikel 13 Abs. 1 GG verstossen.

Was aber geschieht?

Die die Bürgerversicherung unterstützenden Politiker behaupten, die Bürgerversicherung

- senke die Lohnnebenkosten, die deutsche Jobs so teuer machen,
- sie bediene den Sozialneid – auch Miethaie und Spekulanten müssten zahlen,
- sie demonstriere so modern einen sich zurücknehmenden Staat.

Die Bürgerversicherung, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das Gegenteil all dieser Wunschvorstellungen!

Die Bürgerversicherung – in welcher Spielart auch immer angedacht – bedeutet die Kapitulation vor dem eigentlichen Problem und führt geradewegs in die Einheitskasse.

Freiheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, Freiheit für den vielfach hofierten „mündigen Bürger“ sieht doch wohl ganz anders aus!

Es ist nun mal eines der gravierenden Probleme des Gesundheitswesens, dass die Politik nichts oder bestenfalls nur dramatisch wenig unternommen hat und unternimmt, um die demografische Zeitbombe, deren Ticken schon Norbert Blüm so gerne überhörte, zu entschärfen. Unser umlagefinanziertes System funktioniert in einer schrumpfenden, alternden Bevölkerung nicht mehr! Hinzu kommt die niedrige Geburtenrate in Verbindung mit einer steigenden Lebenserwartung, ein Kardinalproblem in unseren sozialen Sicherungssystemen.

Es heißt zwar immer, dass nichts so alt ist wie die Zeitung von gestern. Gleichwohl möchte ich Ihnen zitieren aus einem Kommentar in der in Düsseldorf erscheinenden ‚Rheinischen Post‘ vom September 2003, also von vor knapp zehn Jahren.

Ich zitiere: „Doch anstatt die gesetzliche Versicherung um Elemente Kapital gedeckter Vorsorge zu ergänzen, gehen die Fans der Bürgerversicherung den entgegen gesetzten Weg. Sie schaffen die private Krankenversicherung ab, obwohl die genau das gebildet hat, was wir brauchen: Rückstellungen aus dem Kapital der Versicherten. Ohne Wettbewerbsdruck durch die Privaten wird auch die Verschwendung im Gesundheitssystem weiter zunehmen.“

Am Ende bleibt der Politik nur die Rationierung und die Grundversorgung auf einheitlich niedrigem Niveau wie es Großbritannien vormacht. Auf diese planwirtschaftliche Mogelpackung können die Bürger gut verzichten.“ – Ende des Zitats – eines Zitates, wie es aktueller nicht sein kann.

Diese soeben zitierte „planwirtschaftliche Mogelpackung“ brauchen wir alle nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie würde die Freiheit von Versicherten, Patienten und Ärzten weiter beschneiden.

Sie würde die Freiräume zur persönlich-individuellen Daseins-Vorsorge eines jeden einzelnen weiter einschränken. Was nutzen den holländischen Bürgerversicherungspatienten ihre privaten Zusatzversicherungen, wenn die Wartezeiten auf eine Operation in Holland extrem lang sind? Sie lassen sich dann in Deutschland operieren ... In welchem Land muss sich später der deutsche Patient operieren lassen?

Die Gesellschaften gewöhnen sich an fast alles, die Alltagsorgen lenken ab. Das Leben geht weiter. Das ist die einzige verlässliche Wahrheit – so sollte man meinen.

Diesen lethargischen Status quo gilt es aufzubrechen! Deshalb sind wir heute hier. Unsere Empörung, die wir heute hier artikulieren, soll uns allen zu diesem Aufbruch verhelfen, der uns alle wieder in Würde Ärztin und Arzt sein lässt.

Es gilt das gesprochene Wort.